

WGA 06.11.10

Resolution für den Status quo verabschieden

POLIZEIWACHE Das Bürgerforum beteiligt sich an der FDP-Mahnwache. WNK UWG plädiert für eine Zentralwache im Stadtgebiet.

Von Michael Albrecht

Das Bürgerforum unterstützt die FDP-Aktion und beteiligt sich heute an der Mahnwache vor der Polizeistation an der Telegrafienstraße (gestrige WGA-Ausgabe). Auch stehe sie hinter Bürgermeister Eric Weik bei dessen Vorhaben, die Polizeiwache in der Innenstadt zu halten und wenn notwendig, Mittel zur Modernisierung bereitzustellen. Das habe die Fraktion einstimmig am Donnerstagabend beschlossen, kündigten Friedel Burghoff und Horst Krüger

an. Gut 15 Bürgerforum-Mitglieder würden sich beteiligen und vor allem auch in der Nacht Posten beziehen. Die beiden Kommunalpolitiker sehen den möglichen Neubau einer Wache an einem anderen Standort im Nordkreis auch unter Kostengesichtspunkten. Burghoff spricht in diesem Kontext von Steuergeldverschwendung.

Außerdem hat die Fraktion beschlossen, in der Stadtratssitzung am 13. Dezember eine Resolution zum Verbleib der Polizeiwache in Wermelskirchen auf den Weg zu bringen.

„Wir hoffen dabei auch, dass Mitglieder anderer Fraktionen zustimmen“, sagt Horst Krüger.

Leichlingen gegen Zentralwache

Er verweist darauf, dass die Leichlinger SPD-Fraktion bereits im Sommer eine Resolution in den Rat der Nachbarstadt eingebracht und diese mehrheitlich verabschiedet hat, in der vom Landrat Rolf Menzel gefordert wird, dass die Polizeiwache in Leichlingen erhalten bleiben und die Pläne zur Zusammenlegung der Standort Leichlingen und Wermelskirchen nicht weiter verfolgt werden sollen.

Die WNK UWG positioniert sich ebenfalls. Sie unterstützt die Bemühungen die Polizeiwache am bisherigen

Standort zu halten, heißt es in einem Antrag für den Haupt- und Finanzausschuss (29. November), in dem die Fraktion einen Sachstandsbericht zum Umzug der Polizeiwache erhalten möchte.

Weiter heißt es in dem Antrag, sollte seitens des Landrates in der Frage des Neubaus einer Zentralwache weiterhin kein Spielraum erkennbar sein, so beantragt die WNK UWG weitergehend, dass der Ausschuss den Bürgermeister beauftragt, Verhandlungen mit dem Landrat dahingehend aufzunehmen, dass die geplante Zentralwache auf Wermelskirchener Gebiet gebaut und das Angebot einer Anlaufstelle in der Innenstadt mit großzügigen Sprechzeiten nach Ermittlung des Bedarfs ausgestattet wird.

Außerdem stellt die WNK UWG die Frage: Was will der Bürger? Und beantwortet das auch gleich: „4 000 Bürger wollen, dass alles so bleibt, wie es ist. Das bedeutet, sie stehen für eine nicht optimale Polizeiarbeit und den Bau eines „Miniknasts“ mitten in unserer Stadt direkt neben unserem zukünftigen neuen Kaufhaus Ring-Karree.“

Dokumentieren 10 Prozent den Bürgerwillen?

Weiter heißt es dort, dass über 30 000 Leute nicht unterschrieben haben, sei es, weil sie kein Interesse an dem Thema haben oder aber auch, weil sie den Neubau wollen. „Ist es wirklich so, dass rund 10 Prozent unser Bürger den Bürgerwillen dokumentieren?“, fragt die WNK UWG.

WM 06.11.10 WNKUWG weiter für den Umzug der Polizeiwache

WERMELSKIRCHEN (gt) WNKUWG beantragen jetzt einen Sachstandsbericht „zum Umzug der Polizeiwache, unter Beteiligung der zuständigen Polizeibehörde“, so Fraktionsvorsitzender Henning Rehse an den Bürgermeister. Am 29. November soll sich der Haupt- und Finanzausschuss mit dem Thema beschäftigen. In ihrer Antragsbegründung plädieren Rehse und WNKUWG-Ratsmitglied Jan Paas dafür, der

Bürgermeister möge „für einen Plan B kämpfen, nämlich Verhandlungen mit dem Landrat dahingehend führen, dass die neue Zentralwache möglichst auf Wermelskirchener Gebiet gebaut wird“. WNKUWG unterstützen aber weiterhin die Pläne der Polizei, die Wache an der Telegrafienstraße aufzugeben. Dafür sprechen laut Rehse und Paas „Polizei interne Gründe, welche die Arbeitsabläufe betreffen“. Es gebe außerdem bauliche Mängel, in beiden Wachen (Wermelskirchen und Leichlingen), einen Renovierungs- und Modernisierungsstau sowie das Problem der Arrestzellen. Es gebe aber auch finanzielle Probleme bei den Mietzahlungen. „Für letzteres konnte unser Bürgermeister in der Presse eine Lösung aufzeigen. Allerdings fehlen uns noch Aussagen dazu, wie nachhaltig das Angebot einer Mietsenkung sein kann“, so Rehse und Paas.

Bisherige Berichterstattung unter
www.rp-online.de/wermelskirchen
KOMMENTAR

Rehse zum Thema Sauberkeit

WM 13.11.10

WERMELSKIRCHEN (BM) Zum BM-Kommentar mit dem Thema Sauberkeit nimmt jetzt WNKUWG-Fraktionsvorsitzender Henning Rehse Stellung, indem, er Fragen stellt. „Was hat die Umsetzung von Recht und Gesetz, die Bestrafung von Umweltsündern in Wermelskirchen mit Singapur zu tun?“, fragt

Rehse. Und weiter merkt er an: „Ist es nicht richtig, dass Menschen die die Umwelt verschmutzen dafür zur Rechenschaft gezogen und bestraft werden bzw. ihren angerichteten Schaden durch Eigenleistung wieder beheben?“ Offenbar seien viele Wermelskirchener Bürger der Meinung, dass Strafen ab-

schrecken, folgt er aus dem Ergebnis der Internet-Umfrage der BM: „Können Strafen die Menschen für mehr Sauberkeit sensibilisieren?“

Und Rehse fragt weiter: „Wieso sollten Menschen, die sich für Sauberkeit engagieren und zum Beispiel Patenschaften übernehmen, durch Strafen für diejenigen abgeschreckt werden, die ihre Arbeit wieder durch Verschmutzung und Vandalismus kaputt machen? Wieso will man in einer Stadt, in der Sauberkeit und Ordnung herrschen, nicht mehr leben? Was hat das mit Sauberkeitsdiktatur zu tun?“ Und was sei darüber hinaus verwerflich, wenn Hartz-IV-Empfänger für das, wenn auch wenige, Geld, das sie von der Allgemeinheit bekommen, dieser etwas in Form einer bescheidenen Arbeitsleistung zurückgäben? „Ostfildern, eine Stadt in dem Ländle, aus dem unser Bürgermeister stammt, macht es vor, wie dies rechtmäßig darstellbar ist“, schreibt Rehse.

Rehse schreibt auch, er habe den Antrag zur Sauberkeit nicht zur Veröffentlichung freigeben. (Anmerkung der Redaktion: Der komplette Antrag war aber zumindest bis gestern auf der Homepage von WNKUWG nachzulesen.)

BM 24.11.10

WNKUWG: Schulreform

WERMELSKIRCHEN (BM) Mit der Schulreform, die für das Bundesland NRW angekündigt worden ist, will sich Henning Rehse von der WNKUWG in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur, Sport, Kattwinkelsche Fabrik befassen. Er bittet um einen Sachstandsbericht. Die WNKUWG sei daran interessiert, dass der Bestand der weiterführenden Schulen, die in Wermelskirchen anders als in anderen Kommunen vorbildlich ausgestattet seien, gesichert sei. Rehse: „Wie sieht der vom Land propagierte Versuch genau aus? Wie wird dieser von Fachleuten pädagogisch begründet und bewertet? Wie wäre er

in Wermelskirchen technisch darstellbar? Welche Kosten für Schulneubauten, Inventar etc. müssten grob eingeplant werden? Wer trägt diese Kosten? Was passiert, wenn sich nach einigen Jahren ein solcher Versuch als nicht sinnvoll darstellt? Wer kommt für die Kosten des Rückbaus in jeder Hinsicht auf? Inwieweit wären bei der Diskussion um einen möglichen Versuch die Eltern, Schüler und Lehrer auch an einer Entscheidung beteiligt? Welche Möglichkeiten bestehen bereits jetzt, um mit einer verbesserten Zusammenarbeit unserer Schulen diese für die Anforderungen der Zukunft zu stärken?“

„Weisheit gepachtet“^{BM 24.11.}

WERMELSKIRCHEN (BM) Der Kritik von Bürgermeistern rheinisch-bergischer Kommunen, u.a. auch von Bürgermeister Eric Weik, an der Haushaltspolitik des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) hält Henning Rehse (WNKUWG/Freie Wähler) entgegen, dass dieses Eindreschen nicht zielführend sei: Die Bürgermeister erweckten den Eindruck, als hätten sie selbst „die Weisheit gepachtet“ und beim LVR hätte man keine Ahnung.

Offenbar sei den Bürgermeistern nicht bekannt, dass der LVR seit Jahren Kosteneinsparprogramme führe, die gegenüber einem Trend

zu Einsparungen im dreistelligen Millionenbereich geführt hätten.

Als „Nebelkerze“ bezeichnete Rehse bei einem Haushaltsvolumen von drei Milliarden Euro den Einsparvorschlag der Dienstwagenflotte. „Die LVR-Führungskräfte sind teilweise bis zu 80000 Kilometer im Jahr im Einsatz, das sind rund 25 Arbeitstage oder 1000 Stunden. Diese Zeit kann man nutzen um zu arbeiten. Was ist daran verwerflich?“

Die bisweilen geübte Inanspruchnahme der Dienstwagenflotte durch einige Politiker stoße in seiner Fraktion auf Ablehnung.